

Das Vertrauen in die Zukunft stärken – Erkenntnisse aus zehn Jahren RHI-Forschung

Azra Durdžić / Dominik H. Enste / Michael Neumann

	Seite
1 Einleitung	15
2 Die Megatrends und ihre Wirkung auf die Zuversicht	17
2.1 Globalisierung der Wirtschaft	17
2.2 Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft	20
2.3 Demografischer Wandel	22
2.4 Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse	24
3 Bausteine des Vertrauens in einer Gesellschaft	25
3.1 Makro-Ebene: Marktwirtschaft und Vertrauen	25
3.2 Meso-Ebene: Unternehmen und Vertrauen	27
3.3 Mikro-Ebene: Vertrauen in Mitmenschen	28
4 Kritikpunkte an der Sozialen Marktwirtschaft	30
4.1 Erwartungen an die Soziale Marktwirtschaft	30
4.2 Keine Vollbeschäftigung	31
4.3 Ungleiche Einkommensverteilung	32
4.4 Grenzen des Wachstums	34
5 Wer kann vertrauensbildend wirken?	35
5.1 Politik	37
5.2 Unternehmen	38
5.3 Kirchen	39
6 Fazit und Ausblick	40
Literatur	41

1 Einleitung

In Krisenzeiten rücken die Menschen enger zusammen. Dies war in Zeiten von Jäger- und Sammlergesellschaften so und dies gilt bis heute für Familien und den engen Freundes- und Bekanntenkreis. Denn Grenzerfahrungen des Lebens führen dem Einzelnen und Finanz- und Wirtschaftskrisen führen der Gesellschaft vor Augen, dass eigenverantwortliches Handeln und staatliche Fürsorge nicht ausreichen, um mit Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Trauer oder finanzieller Not zurechtzukommen. Ein Netzwerk aus familiären Bindungen, Freunden, Nachbarn, Vereins- oder Arbeitskollegen kann dem Einzelnen jedoch den Rücken stärken und die Last der Verantwortung mittragen. Aber der Mensch bedarf nicht nur bei Grenzerfahrungen, sondern auch für ein erfülltes Leben und für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft generell einer verlässlichen Basis, die über Gesetze und Regeln auf der einen und über Freundschaft und Familie auf der anderen Seite hinausragt. Für ein erfülltes Zusammenleben in der Gesellschaft braucht er Vertrauen, oder ökonomisch gewendet: Sozialkapital. Dieses stärkt den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht nur im Kleinen, sondern auch als Ganzes.

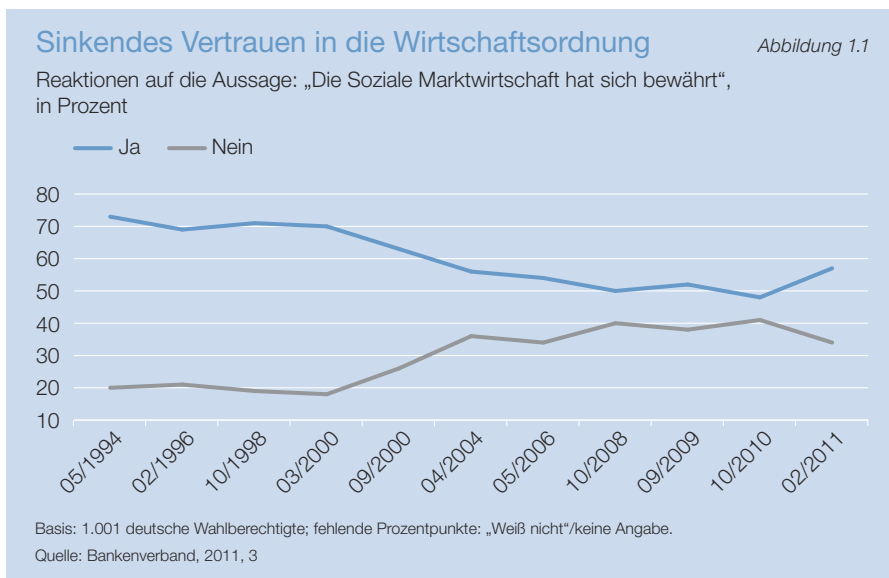
Zentral für die Schaffung von Vertrauen ist die Bereitschaft, Mitverantwortung im öffentlichen Raum zu übernehmen und sich jenseits von Familie und Freunden für die Gesellschaft zu engagieren. Denn nur Vertrauen, das über den eigenen engen Familien- und Freundeskreis hinausreicht, wirkt als Schmiermittel, Stabilisator und Motor für die wirtschaftliche Entwicklung. Das Vertrauen in die Mitmenschen, auch in jene, die man nicht unmittelbar kennt, schafft die Basis für Vertragsabschlüsse über Grenzen hinweg, spart Transaktions- und Kontrollkosten und erleichtert somit Wohlstandssicherung und -wachstum.

Unsere Wirtschaft, unser Staat und unsere Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen durch den demografischen Wandel, den volkswirtschaftlichen Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft, die beschleunigte Globalisierung, die sich wandelnden Wertvorstellungen und die Folgen dieser Trends bis hin zur Finanz-, Staatsschulden- und Vertrauenskrise, die sich unter ungünstigen Umständen zu einer Demokratiekrise ausweiten könnte.¹ Diese Herausforderungen gefährden unser Sozialkapital. Aufgrund der engen Verbindungen zwischen den Lebens- und Gesellschaftsbereichen können die jeweiligen Akteure die Aufgaben, die sich daraus ergeben, nicht allein bewältigen. Aufbau und Erhalt des Sozialkapitals sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Vertrauensbildende Maßnahmen gewinnen als Mittel zur Gestaltung der Gesellschaft in einer freiheitlichen, demokratischen Wirtschaftsordnung im Zuge dessen an Bedeutung.²

1 Vgl. dazu die folgenden Beiträge in diesem Buch, die sich aus unterschiedlichen Disziplinen und Perspektiven mit den Auswirkungen dieser Megatrends auf Wirtschaft (Homann/Rodenstock, Kapitel 2, und Böhmer/Plume, Kapitel 3), Politik (Abelshauser, Kapitel 4), Gesellschaft (Hradil, Kapitel 5, und Kersting, Kapitel 6) sowie auf den Einzelnen (Fetchenhauer/Frey/Köneke, Kapitel 7) befassen.

2 Das Roman Herzog Institut (RHI) hat sich in den vergangenen zehn Jahren mit verschiedenen Themen rund um die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, die Zukunft der Arbeit sowie der Gesellschaft und Unternehmen beschäftigt. Am Ende dieses Buches findet sich eine Zusammenstellung aller RHI-Publikationen seit 2004 in chronologischer Reihenfolge.

Unsere Wirtschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, welche über Jahrzehnte als Garant für Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand galt, steht derzeit in der Kritik und leidet unter einer vergleichsweise geringen Zustimmung (Abbildung 1.1). Noch viel mehr ist dies zu beobachten in den Staaten, die von der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hart getroffen wurden und nun den Preis für die mangelnden Reformen nach Einführung des Euro zahlen. Seit rund zwei Jahrzehnten fehlt der Marktwirtschaft der Antagonist, die sozialistische Planwirtschaft. An dieser ließ sich in den Jahren zuvor deutlich und unmittelbar ablesen, dass staatliche Systeme, die auf zentraler Planung und Verteilung von oben basieren, nicht nur die Freiheit, sondern letztlich auch Wohlstand und Glück des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt gefährden.



Aber nicht nur die Wirtschaftsordnung hat an Vertrauen eingebüßt, sondern auch die Protagonisten der Wirtschaft. Laut dem aktuellen Edelman Trust Barometer (Edelman GmbH, 2012) sank das Vertrauen der Deutschen in die Unternehmen von 52 Prozent (2010) auf nur noch 34 Prozent (2011) und liegt damit auf dem Niveau nach der Lehman-Pleite im Jahr 2008. Ebenso ist auf der individuellen Ebene die Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsführern in Europa erodiert: Nur weniger als ein Fünftel der Deutschen hält Wirtschaftsführer für glaubwürdig. Finanz- und Industrieanalysten stürzten innerhalb eines Jahres um 36 Prozentpunkte auf 20 Prozent ab – und selbst Akademiker insgesamt erlitten im selben Zeitraum einen Glaubwürdigkeitsverlust von 24 Prozentpunkten auf 53 Prozent. Schließlich halten nur 6 Prozent der Deutschen Politiker für Menschen, vor denen sie besondere Achtung haben (IfD, 2011). Weniger Prestige haben derzeit nur Banker, Bankangestellte und Fernsehmoderatoren (4 Prozent). Dabei ist gerade das Vertrauen in öffentliche Personen sowie in wirtschaftliche und politische Eliten wichtig, da sie als Vorbilder besondere Bedeutung,

entsprechenden Einfluss und Verantwortung haben. Dieser Verantwortung sind sie – so sehen es die meisten Deutschen – aber in der jüngsten Vergangenheit wohl nicht immer gerecht geworden.

Diese demoskopischen Zeichen der Zeit müssen richtig gedeutet werden. Der vorliegende Buchbeitrag ist ein Versuch der Einordnung und Analyse der Relevanz von Vertrauen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft unter sich ändernden Rahmenbedingungen. Dabei werden zunächst die fortwährenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die Megatrends und das daraus resultierende Gefühl der Unsicherheit innerhalb der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen beschrieben (Abschnitt 2). Im nächsten Schritt wird eruiert, welche Bausteine zur Rückgewinnung von Vertrauen in der Bevölkerung auf der Makro-, Meso- und Mikroebene gelegt werden können (Abschnitt 3). Es folgt eine Analyse der zentralen Kritikpunkte an der Sozialen Marktwirtschaft (Abschnitt 4), woran sich eine Diskussion darüber anschließt, welche Akteure zur Rückgewinnung von Vertrauen beitragen können und müssen (Abschnitt 5).

2 Die Megatrends und ihre Wirkung auf die Zuversicht

Obwohl die Deutschen früher nicht so wohlhabend waren wie heute und die Menschen weniger Freizeit, weniger Urlaub und eine geringere Lebenserwartung hatten, funktionierte damals, so der Eindruck bei vielen Menschen, irgendwie alles besser. Deutschland war das Wirtschaftswunderland. Irgendwann leistete die Soziale Marktwirtschaft jedoch nicht mehr das, was von ihr erwartet wurde, nämlich genügend Beschäftigungsmöglichkeiten und Wachstum. Das marktwirtschaftliche System blieb dabei im Kern unverändert. Der Verlust seiner Funktionsfähigkeit kann mithin als Folge des Wandels unserer ökonomischen Umwelt interpretiert werden. Die Konsequenz der neuen Herausforderungen, die unsere marktwirtschaftlichen Institutionen zumindest punktuell überforderten, war ein Vertrauensverlust in die Marktkräfte und der Ruf der Menschen nach staatlichen Eingriffen.

Das Vertrauen der Menschen in die Institutionen unserer freiheitlichen Ordnung wird durch Veränderungen der Umwelt stets aufs Neue herausgefordert. Globalisierung, Strukturwandel, demografischer Wandel und Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse sind Megatrends, die maßgeblich zur Umgestaltung der bestehenden Lebensverhältnisse beigetragen haben (Hardege, 2008). Diese Megatrends haben direkte Auswirkungen auf das Gefüge unserer Gesellschaft. Die ökonomischen Entwicklungen, die mit ihnen einhergehen, führen zu Unsicherheit und Misstrauen.

2.1 Globalisierung der Wirtschaft

Der Megatrend der Globalisierung, wie wir ihn heute erleben, ist in erster Linie technologiegetrieben. Die Möglichkeiten moderner Kommunikation und Informationsübertragung

haben die Welt verändert. Zwar haben auch politische Maßnahmen dazu beigetragen, die Handelsströme zu internationalisieren. Doch es ist vor allem der technische Fortschritt, der das Antlitz unserer Welt neu gestaltet hat.

Im Zusammenspiel haben technischer Fortschritt und Globalisierung denn auch die auffälligsten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bewirkt. Neue Technologien beeinflussen die Nachfrage nach Humankapital, also nach in der Produktion nutzbarem Wissen. Die Bildungsinstitutionen versuchen, diese steigende Nachfrage zu bedienen. Goldin/Katz (2008) bezeichnen diese Entwicklung als ein Wettrennen zwischen Bildung und technischer Entwicklung: Bildungsinvestitionen schaffen ein zunehmendes Angebot an Humankapital, technische Neuerungen sorgen für eine zunehmende Nachfrage nach Humankapital. Werden die technischen Neuerungen schneller geschaffen als die Bildungserfolge, so wird Humankapital trotz zunehmend besserer Bildung der Bevölkerung immer knapper und damit immer besser entlohnt. Die Einkommensaussichten der Hochqualifizierten verbessern sich, obwohl es immer mehr Hochqualifizierte gibt. Davon profitieren letztlich alle Menschen in der Gesellschaft: Auch die in der Produktion eingesetzten Arbeitskräfte mit geringeren Qualifikationen werden nämlich dank der technischen Neuerungen und der gestiegenen Anzahl an Hochqualifizierten produktiver. Die Hochqualifizierten profitieren indes dann am stärksten, wenn der Bildungssektor nicht damit nachkommt, die zunehmende Nachfrage nach Hochqualifizierten zu bedienen. In dem Fall werden die Hochqualifizierten knapper, weil zunehmend von Firmen umworben, und deshalb besser entlohnt. Wenn der Anstieg des Anteils der Hochqualifizierten in einer Volkswirtschaft nicht mit der technologiebedingt steigenden Nachfrage mithalten kann, öffnet sich die Einkommensschere. Die soziale Ungleichheit im Land nimmt zu, was einen Kernkritikpunkt am Globalisierungsprozess darstellt.

Doch dies ist noch nicht die ganze Geschichte. Die Forschung zu den Folgen der Globalisierung hat in den letzten Jahren weitere Entwicklungen skizziert. Die Möglichkeiten der Globalisierung bewirken heute nicht mehr wie früher die Verlagerung von ganzen Unternehmen ins Ausland. Stattdessen findet ein Offshoring bestimmter Produktionsschritte und -aufgaben statt. Die verlagerten Produktionsschritte sind nicht nur definiert durch vergleichsweise hohe Produktionskosten im Inland, sondern auch dadurch, dass Informationsaustausch und Koordination über eine große räumliche Distanz möglich sind (Grossman/Rossi-Hansberg, 2006). Für die Verlagerung ins Ausland gibt es demnach zwei Parameter: Es werden bevorzugt Aufgaben mit vergleichsweise (zu anderen Ländern) hohen Arbeitskosten verlagert und außerdem solche Aufgaben, bei denen die Raumüberwindungskosten eher moderat sind. Hieraus kann man drei wichtige Schlüsse ziehen. Die Verlagerungen sind erstens kaum vorhersehbar, weil sie nicht nur von den (gut vergleichbaren) Produktionskosten abhängig sind. Sie geschehen zweitens plötzlich, wenn nämlich eine neue Technologie auf den Markt kommt, welche die für den Produktionsschritt relevanten Raumüberwindungskosten senkt. Sie betreffen drittens einzelne Individuen und nicht ganze Firmen oder Qualifikationsgruppen (Baldwin, 2006). Dies erklärt, warum nicht alle Hochqualifizierten Gewinner der Globalisierung sind und auch nicht alle Niedrigqualifizierten ihre Verlierer. Die Zuversicht der Menschen wird durch die Unsicherheit geringer.

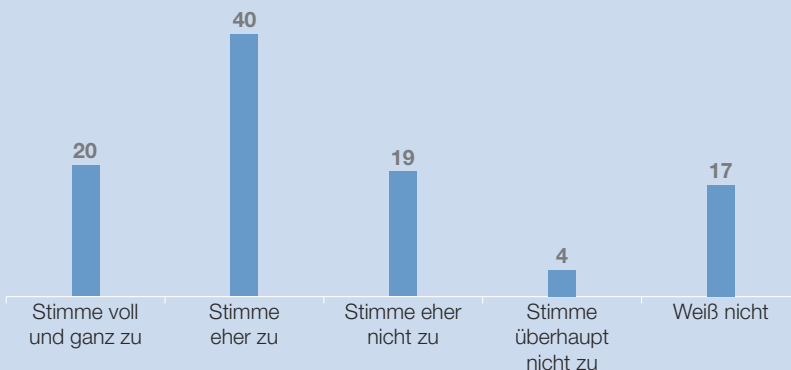
Werden Produktionsschritte ins Ausland verlagert, so werden die hierfür vorher benötigten Arbeitnehmer in der Produktion mit ihren spezifischen Fähigkeiten (üblicherweise Personen in der Mittelschicht mit einem bestimmten erlernten Ausbildungsberuf) nicht mehr gebraucht. Sie suchen sich andere Jobs, das heißt, sie übernehmen in der Produktion andere Arbeitsschritte, die sie mit ihrem Humankapital ausüben können. Da diese Aufgaben aber von ihrer originären Ausbildung abweichen, ist ein solcher Arbeitsplatzwechsel zumeist mit einem Lohn- und Einkommensverzicht verbunden (Acemoglu/Autor, 2012). Die Globalisierung schafft also in der mittleren Qualifikationsschicht Verlierer, die zwar einer Beschäftigung nachgehen, aber ihre erlernten Qualifikationen nicht mehr vollständig zu nutzen vermögen. Diese Verlierer können sich als eher zufällige Opfer verstehen, sind sie doch von ihrer Investition in Bildung ähnlich hoch qualifiziert wie diejenigen, die im Produktionsprozess ihre Aufgaben behalten, weil die Produktionsschritte wegen hoher Raumüberwindungskosten schwer zu verlagern sind. Letztere werden sogar durch die intensivere Kooperation mit dem Ausland und dank der technischen Neuerungen noch produktiver und können noch höhere Löhne verlangen. Die aus Arbeitnehmersicht eher willkürlich zustande kommenden Verlagerungen von Arbeitsplätzen sorgen für zunehmende Ungewissheit bei der Karriereplanung.

Die Sorge der deutschen Mittelschicht vor sozialem Abstieg ist zwar vor dem Hintergrund der empirischen Daten in summa unbegründet. Die Vorhersehbarkeit, mit Bildung und Leistung die Gefahr von Einkommensverlusten durch Verlagerungen des Arbeitsplatzes ausschließen zu können, wird jedoch geringer. Daher leiden die Zuversicht und das Vertrauen in die Zukunft. Insofern sind die Sorgen der Menschen vor der Globalisierung ernst zu nehmen: 60 Prozent der europäischen Bürger teilen die Ansicht, dass mit der Globalisierung die soziale Ungleichheit verstärkt wird (Abbildung 1.2).

Globalisierung wird von Sorgen begleitet

Abbildung 1.2

Antworten von Europäern auf die Frage: „Inwiefern stimmen Sie der Aussage zu, dass die Globalisierung die soziale Ungleichheit verschärft?“, in Prozent



Basis: 1.514 Befragte in 32 europäischen Ländern.

Quelle: Europäische Kommission, 2010, 23

2.2 Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft

Globalisierung, neue Technologien und veränderte Konsumentenpräferenzen haben auch dazu geführt, dass sich das Verhältnis von Industrie- und Dienstleistungssektor grundlegend verschoben hat. Seit dem Jahr 1970 bis über die Jahrtausendwende hinaus ist der Anteil der Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung zulasten des Anteils der Industrie gestiegen. Dies bedeutete zwar keinen realen Rückgang der Wertschöpfung in der Industrie, denn auch in der Industrie verdreifachte sich die Wertschöpfung allein in den Jahren von 1970 bis 1990. Im Dienstleistungssektor fiel der Anstieg der Wertschöpfung allerdings noch stärker aus, was die Verschiebung der Anteile bedingt hat. Dies schien das deutsche Geschäftsmodell infrage zu stellen und auch die Arbeitsplätze in der Industrie zu bedrohen – mit entsprechenden Sorgen vor der Zukunft in diesen Branchen.

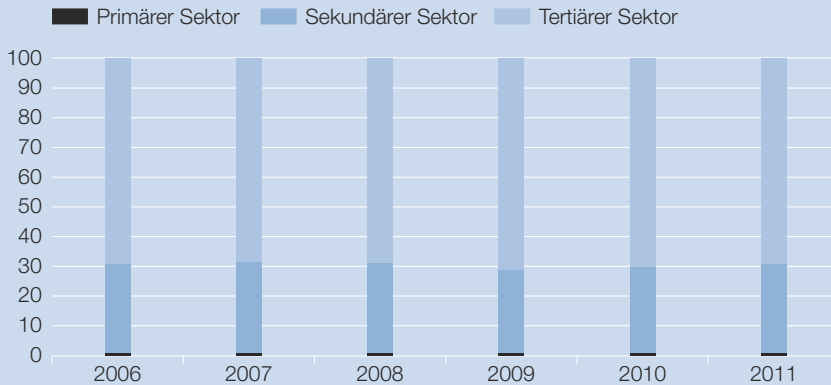
Doch seitdem haben sich die Bewertung und die Dynamik des Strukturwandels verändert: Eine längere Phase der Lohnzurückhaltung hat eine Entschärfung des Problems der hohen Arbeitskosten in der deutschen Industrie mit sich gebracht, Standortverlagerungen ins Ausland sind daher seltener geworden. Die Industrie machte im Vergleich zum Dienstleistungssektor wieder Boden gut: Zwischen 2003 und 2007 ließ sich in Deutschland eine Reindustrialisierung beobachten. Wie Abbildung 1.3 zeigt, hält sich der Anteil des Produzierenden Gewerbes (sekundärer Sektor) seit einigen Jahren konstant. Die Bedeutung des deutschen Dienstleistungsbereichs (tertiärer Sektor) wuchs in den letzten 20 Jahren um rund 10 Prozent (Grömling, 2011, 583). Die zentralen Gründe für den Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft lauten:

- Erstens lässt sich eine Veränderung der Nachfrage beobachten, die sich aufgrund der gestiegenen Einkommen ergibt. Dienstleistungen sind insgesamt einkommenssuperiore Güter, das heißt, bei steigendem Wohlstand steigt die Nachfrage danach überproportional stark. Durch den demografischen Wandel ändern sich die Konsumentenwünsche zum Beispiel hin zu mehr haushaltsnahen Dienstleistungen, da die Kinderbetreuung und Pflege zunehmend über den Markt organisiert werden muss.
- Zweitens wächst der Dienstleistungssektor durch das Outsourcing von Dienstleistungen aus der Produktion und damit aus dem Industriesektor aufgrund der statistischen Erfassung.
- Globalisierungsbedingte Standortverlagerungen der Industrie ins Ausland, also der Wandel der internationalen Arbeitsteilung, sorgen drittens ebenfalls für einen Trend hin zur Dienstleistungsgesellschaft in den entwickelten Ländern, da die arbeitsintensiven sowie die standardisierten Prozesse und Produktionen in die weniger entwickelten Länder verlegt werden.
- Viertens kommt der hohe Wettbewerbsdruck im Industriesektor hinzu, der wie eine Produktivitätspeitsche wirkt und die Preise und damit auch die Wertschöpfung in diesem Sektor senkt.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftssektoren in Deutschland

Abbildung 1.3

in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2012c, 100 f.

Neben den Ursachen sind die Folgen des internationalen Strukturwandels für Politik und Gesellschaft bedeutsam. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, haben deutsche Unternehmen im Industriesektor sich vielfach für eine Strategie der Produktion mit hohen Qualitätsstandards entschieden. Denn anders als bei Dienstleistungen, die über größere Distanzen oft nicht so leicht handelbar sind, stehen die meisten Produzenten von Industriegütern auch zu ausländischen Unternehmen in direkter Konkurrenz. Hierfür ist entsprechend mehr Humankapital notwendig. Der Strukturwandel geht auch vor diesem Hintergrund mit einer Verschiebung der Nachfrage von Niedrig- zu Hochqualifizierten einher.

Seit Mitte der 1970er Jahre wird dies in einer disproportional steigenden Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten sichtbar (Reinberg/Hummel, 2007). Seit Mitte der 1990er Jahre ist dies auch ein Treiber der Lohnungleichheit. Geringqualifizierte haben in diesem Strukturwandel daher an Realeinkommen verloren (Dustman et al., 2009, 844). Auf der anderen Seite schafft das schnelle Wachstum im Dienstleistungssektor gerade im Pflegebereich viele Arbeitsplätze, die allerdings von ihrer Entlohnung her vergleichsweise unattraktiv sind. Für die Arbeitsmarktsituation verspricht der wachsende Bedarf im Pflegesektor eine weitere Entspannung, für die Einkommensungleichheit lässt diese Entwicklung eine Öffnung der Einkommensschere absehen. Wie dabei die Mittelschicht abschneidet, hängt davon ab, ob ihr Humankapital ausreicht, um im internationalen Wettbewerb der Qualitätsprodukte mitzuhalten. Die Diskussion um den Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit deutet darauf hin, dass im Bildungsbereich Aufholbedarf besteht.

Eine positive Folge des Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft ist deren geringer Verbrauch an endlichen Ressourcen. Eine Dienstleistungsgesellschaft benötigt Arbeitskräfte

und deren Humankapital. Entsteht Wachstum wie in den letzten Jahren vor allem aus dem Dienstleistungsbereich heraus, sollte dies die Diskussion um die Wachstumskritik verstummen lassen. Der Aufbau oder zumindest die Stabilisierung des Vertrauens und der Zuversicht bleibt dennoch schwierig, da der Wandel bedrohlich wirkt und dem Wunsch vieler Menschen nach Stabilität und Bewahrung des Status quo widerspricht.

2.3 Demografischer Wandel

Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, dass in den nächsten rund 50 Jahren die Erwerbspersonenzahl in Deutschland um fast ein Drittel schrumpfen wird. Gleichzeitig steigt das durchschnittliche Alter der Erwerbstätigen; es soll im Jahr 2060 bei 44 Jahren liegen (SVR, 2011, 8). Auch dieser demografische Wandel wirkt sich vielfältig auf die Güter- und Finanzmärkte aus.

Insbesondere die vorhersehbaren Belastungen für die öffentlichen Haushalte stehen im Vordergrund der gesellschaftlichen Diskussionen. Früher einmal verlautbarten deutsche Politiker, die Rente sei sicher. Doch das Vertrauen in die Nachhaltigkeit unserer staatlichen Alterssicherungssysteme hat die Bevölkerung längst verloren. Die Schieflage der öffentlichen Haushalte ist zum einen durch die schwächere, wenn auch stabile Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Einnahmen gekennzeichnet. Zum anderen steigen die Sozialausgaben stärker an als das Bruttoinlandsprodukt. Insgesamt wird dadurch eine Finanzierungslücke offenbart, die bei der im Rahmen der Schuldenregel bis zum Jahr 2020 vereinbarten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte noch keine Berücksichtigung findet. So sollen nur noch bis etwa 2035 positive Impulse auf den Leistungsbilanzsaldo wirken (SVR, 2011, 6). Die Schieflage in der gesetzlichen Altersversicherung ist jedoch kein Problem der marktwirtschaftlichen Prinzipien: Die gesetzliche Alterssicherung ist staatlich organisiert und somit sind diese Probleme nicht der marktwirtschaftlichen Ordnung zuzuschreiben. Darum leidet das Vertrauen in die staatlichen Institutionen unter solchen Befunden.

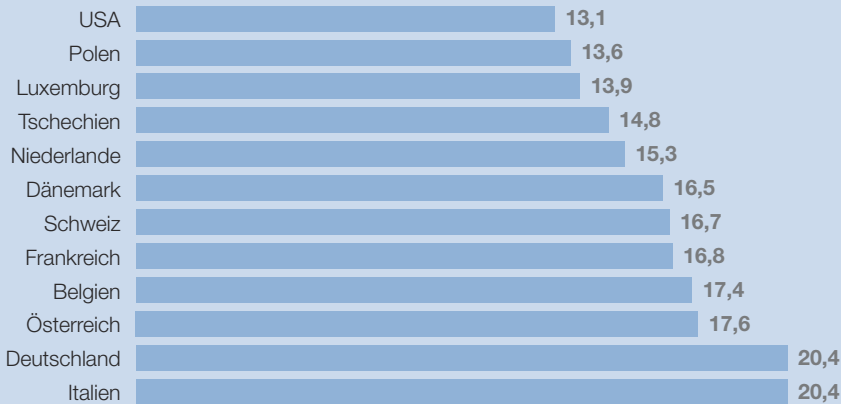
Mit dem steigenden Anteil der Rentnerhaushalte (Abbildung 1.4) nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften in Bereichen wie Gesundheitspflege, Freizeit und Wohnen zu (SVR, 2011, 6). Durch den erhöhten Bedarf an Dienstleistungen werden neue Arbeitsplätze für Geringqualifizierte geschaffen. Allerdings sind Änderungen der Institutionen notwendig, um diese Art der Arbeit aus der Schwarzarbeit in die reguläre und damit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen. Die Besteuerung respektive die Transferentzugsrate sind derzeit zu hoch, sodass viele Menschen offizielle Arbeitsverhältnisse als nicht lohnend erachten.

Im demografischen Wandel wird das Thema Chancengleichheit noch bedeutsamer. Neben dem ethischen Anspruch, auch Personen mit geringeren Beschäftigungschancen in das Beschäftigungssystem zu integrieren und somit allen einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, geht es auch vermehrt darum, die vorhandenen Humankapitalressourcen ökonomisch optimal zu nutzen. Im Fokus stehen dabei zum Beispiel ältere Mitarbeiter, die durch lebenslanges Lernen (Bieber, 2011, 149) gefördert werden, deren Beschäfti-

Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr

Abbildung 1.4

im Jahr 2010, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2010

gungsfähigkeit durch betriebliches Gesundheitsmanagement erhalten wird und die ihr Wissen durch einen verbesserten Generationenaustausch an die Nachwuchskräfte weitergeben können.

Angeichts des steigenden Pflegebedarfs und der niedrigen Geburtenrate ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein weiteres unabdingbares Handlungsfeld. Hier sind alle Institutionen dazu angehalten, Maßnahmen wie umfassende Betreuungsmöglichkeiten zu implementieren, die vor allem hochqualifizierten Frauen entgegenkommen (Bieber, 2011, 152).

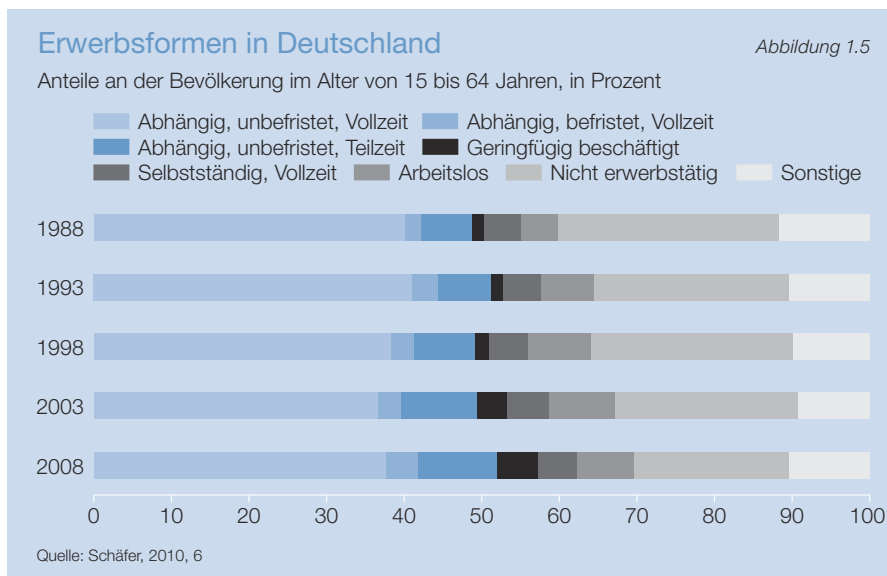
Der Rückgang der Erwerbspersonenzahl kann darüber hinaus auch durch die Immigration von qualifizierten Fachkräften kompensiert werden. Allerdings bestehen hier Zweifel dahingehend, dass die möglichen positiven ökonomischen Effekte durch Schwierigkeiten bei der Integration von Migranten verhindert werden. Insbesondere fehlendes Vertrauen der Immigranten in die staatlichen Institutionen kann als Hemmnis ausgemacht werden. Problematisch ist auch, dass eine internationale Vergleichbarkeit der Qualifikationen nicht vollständig gegeben ist (Brücker, 2007, 7; Bieber, 2011, 150). Ferner existiert bei vielen Deutschen die Befürchtung, dass Immigranten der einheimischen Bevölkerung die Arbeitsplätze und das Einkommen streitig machen. Dieser Punkt ist längst empirisch widerlegt: Neue Immigranten verdrängen deutsche Arbeitnehmer nicht und diese Immigration hat auch keine negativen Auswirkungen auf deren Einkommen. Was sich feststellen lässt, ist allenfalls eine Verdrängung früher eingewanderter Immigranten von ihren Arbeitsplätzen durch Neueinwanderer (D'Amuri et al., 2008). Aber die Empirie mag sagen, was sie will; das Misstrauen der Deutschen mit Blick auf die Zukunft bleibt.

Gerade ausbleibendes Wachstum aufgrund des Bevölkerungsrückgangs wird von vielen befürchtet. Dabei ist noch keineswegs erwiesen, dass es bei einer geringeren Erwerbspersonenzahl zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums kommt: Ein Teil des Rückgangs der Geburtenrate und damit des Ausbleibens zukünftigen Erwerbspersonenpotenzials geht nämlich einher mit einem sinkenden Zeitaufwand für Kinderbetreuung. Wird in dieser (gewonnenen) Zeit zusätzliches Humankapital gesammelt (und dies ist ja häufig der Grund für die Entscheidung gegen Kinder), so kann dieses Humankapital später den technischen Fortschritt positiv stimulieren. Dieser wiederum kann theoretisch die negativen Rückwirkungen des demografischen Wandels sogar überkompensieren. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit hier eine Kompensation der rückläufigen Erwerbspersonenzahl möglich ist.

2.4 Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse

Die gegenwärtige und zukünftige Arbeitswelt erwartet von den Arbeitnehmern Flexibilität. Daher kommt es zu einer zunehmenden Flexibilisierung der Verträge am Arbeitsmarkt. Die Bedeutung von individualisierten Beschäftigungsverhältnissen wächst, während die normalen Arbeitsverhältnisse an Relevanz verlieren (Abbildung 1.5; Schäfer, 2010, 47).

Vor diesem Hintergrund wird der Sozialen Marktwirtschaft oft unterstellt, primär prekäre Beschäftigungen auf Kosten normaler Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Dieser Verdacht lässt sich jedoch empirisch widerlegen: So handelt es sich bei derartigen Erwerbsformen hauptsächlich um zusätzliche Stellen. In manchen Fällen zeigt sich, dass ein Übergang von einer flexiblen Erwerbsform in eine Vollzeitbeschäftigung oder eine Festanstellung nach einer Arbeitslosigkeit möglich ist – das Vertrauen in diese eventuelle Sprungbrettfunk-



tion muss jedoch gestärkt werden. Die Zahlen sprechen für sich. So wechselten zwischen den Jahren 2003 und 2008 rund 1,65 Millionen Vollzeitbeschäftigte in eine flexible Anstellungsform. Umgekehrt waren es 1,80 Millionen. Somit symbolisiert die Individualisierung des Arbeitsmarktes weniger einen Teufelskreis als vielmehr ein Sprungbrett (Schäfer, 2010, 53).

Eine nicht zu verkennende Problematik ist gleichwohl, dass die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen in solch individualisierten Beschäftigungsverhältnissen höher ist als die von unbefristet Vollzeitbeschäftigten. So verdienten beispielsweise 13 Prozent der geringfügig Beschäftigten im Jahr 2008 weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. Ferner ist die Armutsgefährdungsquote bei Personen in flexiblen Erwerbsformen in den vergangenen 15 Jahren gestiegen, während sie bei unbefristet Vollzeitbeschäftigten konstant geblieben ist. Auch wenn die Einbeziehung von Personen, die über ein geringes Produktivitätspotenzial verfügen, bedeutet, dass diese unterdurchschnittlich bezahlt werden, ermöglicht die Individualisierung gerade den Geringqualifizierten die berufliche Teilhabe und reduziert folglich die strukturelle Arbeitslosigkeit (Schäfer, 2010). Den Hochqualifizierten hingegen gewährt die Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse eine bessere Anpassung an ihre Anforderungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz dieser positiven Effekte nimmt die Bevölkerung den Individualisierungstrend eher skeptisch auf. Das Misstrauen im Hinblick auf die Auswirkungen dieses Megatrends ist hoch.

3 Bausteine des Vertrauens in einer Gesellschaft

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen muss das Vertrauen der Menschen in die Zukunft, in die freiheitliche Ordnung und in die Funktionstüchtigkeit der Arbeitsmärkte von morgen gestärkt werden. Sonst drohen ein Vertrauensentzug und eine Abkehr von der freiheitlichen Ordnung. Die Stärkung kann auf drei Ebenen erfolgen.

3.1 Makro-Ebene: Marktwirtschaft und Vertrauen

Zunächst kann Vertrauen über Veränderungen der Rahmenordnung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems aufgebaut werden. Als Grundlage unserer freiheitlichen Marktordnung mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft gilt der Ordoliberalismus, entwickelt von Persönlichkeiten wie Alfred Müller-Armack und Walter Eucken. Eucken (1952) ordnete die Marktwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Laissez-faire und Sozialismus ein. Die Kunst der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, die Rahmenordnung so zu gestalten, dass das Bestreben des Einzelnen, sich besserzustellen, durch den Marktprozess in eine Richtung gelenkt wird, die alle Personen besserstellt. Der Wirtschaftsethiker Karl Homann (2007, 12) nimmt dies auf, wenn er von der Rahmenordnung des Marktes als dem systematischen Ort der Moral spricht. Damit beschreibt er das ethische Fundament der Wirtschaftsordnung einer Sozialen Marktwirtschaft, welches im Idealfall zur Verbindung von Gewinnstreben und gewissenhaftem Handeln führt und damit Vertrauen in das Marktsystem aufzubauen hilft (vgl. auch Kapitel 2 in diesem Buch).

Eucken (1952) nennt acht Prinzipien, deren Einhaltung für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft notwendig ist. Zwei dieser Prinzipien sind der Grundsatz des Privateigentums und der Grundsatz der Haftung. Das Privateigentum ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Denn nur wer sein Vermögen mit Anstrengung, Leistung oder Konsumverzicht erwirtschaften muss, hat Anreize, sorgfältig mit diesem Eigentum zu haushalten und es zu mehren. Genau diese Anreize des Einzelnen sorgen dafür, dass der Wohlstand in der Gesellschaft wächst. Das Pendant zum Eigentum ist der Haftungsgrundsatz. Wer den Nutzen hat, muss auch für die zu seiner Generierung notwendigen Kosten geradestehen. Oder anders gewendet: Handlung und Haftung müssen zusammenfallen. Die Kosten und Risiken dürfen nicht auf andere überwält werden. Dadurch wird garantiert, dass unbeteiligte Dritte nicht geschädigt werden (Suchanek, 2007, 84 ff.). Die Nichtschädigung unbeteiligter Dritter stellt eine Grundforderung der Wirtschaftsethik und gleichzeitig ein Grundelement der Sozialen Marktwirtschaft dar. Sind die Prinzipien des Privateigentums und der Haftung in der Rahmenordnung umfassend implementiert, darf sich der Einzelne eigennützig verhalten und sorgt dennoch mit seinem Verhalten für das Wohl der Gesellschaft.

Innerhalb dieser Ordnung kann sich eine Marktwirtschaft entwickeln, die durch Tauschgeschäfte und eine arbeitsteilige Produktion gekennzeichnet ist. Jeder Einzelne spezialisiert sich auf bestimmte Felder und diese Spezialisierungsvorteile bedingen wiederum unseren Wohlstand. Die Spezialisierung führt aber auch dazu, dass der Einzelne nicht mehr nachvollziehen kann, was in anderen Feldern genau vor sich geht, inwiefern dort Leistung notwendig ist, wie diese erbracht und ob sie fair entlohnt wird. Wird eine Leistung nicht so erbracht oder entlohnt, wie es die Gesellschaftsmitglieder als richtig erachten, wird dies öffentlich in den Medien angeprangert. Dabei wird allerdings kaum differenziert, ob als Ursache ein Fehler in der Rahmenordnung, also ein Abweichen vom marktwirtschaftlichen System, oder das Versagen bestimmter Spezialisten zugrunde liegt. Denn der Einzelne überblickt nicht zu Genüge, inwieweit welche Ursachen für die Fehlleistung ausschlaggebend sind. Dies kostet Vertrauen – Vertrauen in die Arbeitsweise bestimmter Berufe, Vertrauen in die Leistungsgerechtigkeit und Vertrauen in das System der Tausch- und Marktwirtschaft als solches.

Vertrauen aber ist essenzieller Bestandteil einer Marktwirtschaft. In einer Marktwirtschaft, die auf Arbeitsteilung und Spezialisierung beruht, lässt sich der Tauschgegenstand, den ein Spezialist anbietet, von seinem Tauschpartner eben nicht in allen Details erfassen. Er muss folglich darauf vertrauen, dass der Tauschpartner das Tauschobjekt nach den üblichen, erwarteten Gepflogenheiten und Standards hergestellt hat. Ohne Vertrauen unterbleiben entsprechende Tauschgeschäfte. Damit entfallen tiefergehende Spezialisierungsmuster und der Wohlstand fällt geringer aus. Vertrauen spart nämlich Transaktionskosten in Form von Kontrollkosten, Gerichtskosten und Regelungskosten beim Vertragsabschluss und bei der Durchsetzung der Ansprüche. Vertrauen und wirtschaftliche Entwicklung sind positiv miteinander verknüpft. So zeigt sich, dass in Ländern mit einer stark steigenden Arbeitslosigkeit das Vertrauen in finanzielle Institutionen und Banken sowie in Regierungen abnimmt (Stevenson/Wolfers, 2011, 5 f.).

Wissenschaftler erforschen deshalb intensiv die Bedeutung von Vertrauen in unserer Gesellschaft (Dasgupta/Serageldin, 1988; Fukuyama, 1995). Vertrauen beruht auf allgemeingültigen Normen. Es lässt sich definieren als die soziale Erwartungshaltung des Vertrauensgebers, dass seine einseitige Vorleistung im Rahmen der Tauschbeziehung nicht vom Vertrauensnehmer missbraucht wird, auch wenn diesem unter Umständen dadurch ein höherer wirtschaftlicher Nutzen entgeht (Beckert, 2005, 6 f.).

Ist reziprokes Verhalten die Norm, kann Vertrauen als eine Investition interpretiert werden, die im Falle der Rückzahlung beide Tauschpartner besserstellt. Vertrauen stellt damit die Basis für Transaktionen dar und trägt somit maßgeblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft. Die tatsächliche Bedeutung von Vertrauen wird meist erst wahrgenommen, wenn es fehlt (Arrow, 1972, 357; Williamson, 1993, 98). Dies erleb(t)en einige Unternehmen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise am eigenen Leib.

3.2 Meso-Ebene: Unternehmen und Vertrauen

Vertrauen ist keine fix vorgegebene, unveränderliche, exogen bestimmte Größe. Vertrauen, so sagt der Volksmund, muss man sich verdienen. In Vertrauen muss folglich investiert werden. Dazu ist es erforderlich, dass es eine Vorbewusste Entwicklung durchläuft (Kegan/Rubenstein, 1973, 499 f.). Obendrein lässt sich Vertrauen leicht zerstören. Eine Wiederherstellung ist hingegen nur schrittweise möglich. Der Grund liegt darin, dass wir Vertrauensmissbrauch eher wahrnehmen als die zahlreichen Fälle, in denen Vertrauen nicht ausgenutzt wird. Denn der Missbrauch ist der Sonderfall, der heraussticht und unsere Aufmerksamkeit erregt (Suchanek, 2007; RHI, 2012).

Gerade dies macht Unternehmen in jüngster Zeit zu schaffen. Spezialisierungen oder Berufsfelder auf dem Arbeitsmarkt, die vom Rest der Gesellschaft eher abgeschottet sind und deren Handeln nicht nachvollzogen werden kann, geraten schnell unter Generalverdacht und müssen sich daher immer wieder für ihr Handeln rechtfertigen. Topmanager von Großunternehmen, Politiker oder Banker können hier beispielhaft angeführt werden. So haben nur 9 Prozent der Deutschen Vertrauen in Politiker; diese bilden damit das Schlusslicht des internationalen Vertrauensrankings (Reader's Digest, 2012, 4). Sie schneiden sogar noch schlechter ab als Unternehmer und Manager. Den höchsten Vertrauenswert in Deutschland (95 Prozent) und in 14 weiteren untersuchten Ländern erzielten hingegen Feuerwehrleute – hier ist allseits bekannt, was Feuerwehrleute machen und wie unverzichtbar sie für die Gesellschaft sind (Reader's Digest, 2012, 3).

Auch Unternehmen erfahren seit einiger Zeit eine erweiterte Verantwortungszuschreibung durch Gesellschaft und Politik. Die Feststellung, dass sich angesichts fortschreitender Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, des demografischen Wandels sowie der Veränderungen sozialer Strukturen neue Fragen für die Gestaltbarkeit und Gestaltung der Gesellschaft stellen, fordert ohne Zweifel Unternehmer und Unternehmen auf andere Weise als bisher, sich der gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen. Dabei rücken sowohl Personengesellschaften als auch Kapitalgesellschaften, Eigentümer und Manager in den

Fokus geforderter Mitverantwortung – zum Beispiel für den Standort Deutschland. Damit verbunden ist die Erwartung, dadurch das Vertrauen in der Gesellschaft für die Zukunft zu stärken.

Typischerweise werden für Unternehmen zwei Handlungsmuster fast dichotomisch gegenübergestellt: das Gewinnstreben im Marktwettbewerb (Profit Seeking) und das Vorteilsstreben in zentral gesteuerten kollektiven Systemen (Rent Seeking). Darüber hinaus werden Unternehmen aber zunehmend zu Akteuren der Zivilgesellschaft (Moral Seeking) und aufgefordert, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dazu zählt vor allem der Ruf nach mehr Corporate Social Responsibility (CSR). Dabei müssen zum einen die Grenzen der zusätzlichen Verantwortungsübernahme beachtet werden, um eine Ausbeutung der Unternehmen durch grenzenlose Anspruchshaltungen zu vermeiden. Zum anderen muss berücksichtigt werden, dass Unternehmen bürgerschaftliches Engagement und CSR nicht für „Greenwashing“ ihrer Kerngeschäfte oder als eine Art Ablasshandel oder Feigenblatt nutzen. Über das Kerngeschäft hinausgehendes Engagement kann nicht die Gewinnerzielung durch illegales Handeln rechtfertigen. Dies würde mit einem Vertrauensverlust einhergehen und somit der Reputation des Unternehmens und seiner Führungskräfte – aber auch dem marktwirtschaftlichen System insgesamt – schaden. Gerät nämlich die Führungselite in einer Marktwirtschaft in einen schlechten Ruf, verlieren die Menschen das Vertrauen in ihre Eliten. Dies überträgt sich wiederum auf den Ruf der und das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft. Das Vertrauen schwindet, obwohl Menschen eigentlich zu Vertrauen neigen.

3.3 Mikro-Ebene: Vertrauen in Mitmenschen

Die meisten Menschen sind von Natur aus bereit, Vertrauen zu schenken. Der Mensch ist es gewohnt, im Kollektiv zu leben. Er benötigt die Zusammenarbeit mit anderen und ist daher generell Kooperationen zugeneigt. Dies zeigen auch die empirischen Ergebnisse des sogenannten Vertrauensspiels (Übersicht 1.1).

Das Vertrauensspiel

Übersicht 1.1

Beim Vertrauensspiel werden zwei Akteure – beide sind vollkommen über die Struktur und die möglichen Gewinne des Spiels informiert – mit jeweils 10 Euro Einsatzkapital ausgestattet (Berg et al., 1995, 122 ff.). Spieler A darf nun entscheiden, ob er das Geld behält oder einen Teil davon Spieler B gibt. Entscheidet sich A für den Transfer, wird die entsprechend weitergereichte Geldmenge vom Spielleiter verdreifacht und an B weitergegeben. Dieser hat jetzt seine ursprünglichen 10 Euro und die verdreifachte Menge von dem, was Spieler A an ihn abgegeben hat. Nun steht Spieler B vor der Wahl, einen Teil seines Geldes an Spieler A zurückzugeben – einen Gegenwert wird er im Spiel nicht mehr erhalten. Die Höhe des Transfers ist dabei wie im ersten Spielzug

frei wählbar. Indem Spieler A einen Geldbetrag Spieler B anvertraut, symbolisiert er mit seinem Spielzug Vertrauen. Der Zug von Spieler B kann hingegen Vertrauenswürdigkeit oder Reziprozität bedeuten.

Aus spieltheoretischer Sicht würde ein profitmaximierender Spieler B stets alles behalten. Wenn Spieler A das antizipiert, wird er Spieler B allerdings bereits im ersten Spielzug nichts weitergeben (Wilson/Eckel, 2010, 6). Eine Metaanalyse von diversen Vertrauensspielen aus insgesamt 29 Ländern (Nordamerika: zwei, Westeuropa: zehn, Asien: sechs, subsaharisches Afrika: sechs, Lateinamerika: vier, Naher Osten: eins) zeigt aber, dass im Durchschnitt 50,8 Prozent der auch „Truster“ genannten Spieler A Teile ihres Geldes an B weiterreichen. 36,5 Prozent von dem, was gegeben wurde, wird dann von B wieder zurückgeschickt (Johnson/Mislin, 2009, 18 ff.; Wilson/Eckel, 2010, 6). Wird das Vertrauensspiel wiederholt mit denselben Personen gespielt, tritt schneller Vertrauen auf, da Reputation aufgebaut werden kann (Anderhub et al., 2002, 198 f.). Obendrein wird Vertrauen durch Kommunikation gefördert. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass das Geld nicht behalten wird.

Eigene Darstellung

Investiert ein Einzelner in das Vertrauen einer Gesellschaft, kommt diese Investition immer nur Teilgruppen der Gesellschaft zugute. Die Investitionen in Vertrauen weisen eine unterschiedlich ausgeprägte Exklusivität auf. Daher können vertrauensbildende Maßnahmen zu sozialen Schließungsmechanismen führen: Vertrauensbildung und Sozialkapitalgenerierung innerhalb einer exklusiven Gruppe können im Extremfall sogar Misstrauen gegenüber dieser Gruppe bewirken. Dies hat bedeutsame Konsequenzen für die Vertrauensinvestitionen einzelner Akteure. Sie können leicht Sozialkapital destabilisieren, statt zur Vertrauensbildung beizutragen (Übersicht 1.2).

Familienbande und Vertrauen

Übersicht 1.2

Edward C. Banfield (1958, 85 ff.) beschreibt in seiner Theorie zum „Amoral Familism“ ein soziales Konstrukt, in welchem die darin lebenden Menschen ausschließlich ihrer unmittelbaren Familie vertrauen und sich für diese interessieren. Daraus resultiere, so Banfield, ein geringes Vertrauen in die Gesellschaft und in politische Institutionen sowie ein niedriges bürgerschaftliches Engagement und eine spärliche politische Teilhabe. Zu einem ähnlichen Schluss kommt Robert Putnam (1993), der die These aufstellte, dass eine von starker Familienbande geprägte Kultur für Misstrauen gegenüber politischen Prozessen Sorge. Auch Francis Fukuyama (1995, 88) diskutiert den Zusammenhang zwischen starker Familienbande und der Bildung moderner wirtschaftlicher Organisationsformen und unterscheidet verschiedene Ausprägungen (Bonding, Bridging,

Linking) von Sozialkapital im Hinblick auf dessen gesellschaftliche Wirkungen. Ausführlicher befasst sich Stefan Hradil in Kapitel 5 dieses Buches mit diesen Befunden.

Alberto Alesina und Paola Giuliano (2009) bestätigen die These, dass bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe mit der Familienbande invers zusammenhängen: In Südeuropa seien die Familienbande traditionell verhältnismäßig stark, Vertrauen, Sozialkapital und politische Teilhabe dagegen niedrig. In den nordeuropäischen Kulturen hingegen herrschten genau gegenteilige Bedingungen, was die Kultur der politischen Teilhabe dort befördert habe.

Eigene Darstellung

4 Kritikpunkte an der Sozialen Marktwirtschaft

Gütererstellung und -verteilung in einer Gesellschaft sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern bedürfen der Koordination, damit die Güter produziert werden, welche die Konsumenten sich wünschen, und sie zudem bei den richtigen Adressaten ankommen. Dies übernimmt in Deutschland in weiten Teilen der Markt, der über den Preismechanismus Angebot und Nachfrage nach Gütern zum Ausgleich bringt. In einigen Bereichen der Wirtschaft wird die Preisbildung durch administrative Regeln ergänzt oder mehr oder weniger umfangreich ersetzt. Dies geht so weit, dass in manchen Bereichen (wie zum Beispiel in der schulischen Bildung) der Preismechanismus komplett ausgeschaltet und an dessen Stelle staatliche Planung und Koordination tritt. Für die Beurteilung, wie verloren gegangenes Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wiederhergestellt werden kann und wer hierfür zuständig ist, wird deshalb die Frage nach der Verantwortlichkeit und der Steuerung zentral.

4.1 Erwartungen an die Soziale Marktwirtschaft

Das Meinungsforschungsinstitut Infas hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im März des Jahres 2011 der Bevölkerung einen Katalog mit der Frage vorgelegt, wie ausgeprägt in bestimmten Punkten die subjektive Wahrnehmung der Realität in Deutschland von den Erwartungen an die Soziale Marktwirtschaft abweicht (Übersicht 1.3). Genau diese Abweichung ist interessant für die Erklärung von Vertrauensverlusten. Entsteht Vertrauen doch daraus, dass Erwartungen erfüllt werden. An erster Stelle wurden hier die Staatsschulden genannt, an zweiter Stelle die Arbeitslosigkeit.

Der Katalog ist vergleichsweise allgemein gehalten, beinhaltet aber doch die wesentlichen Punkte, die auch im RHI in den letzten Jahren intensiv diskutiert wurden. Dabei ist zu beachten, dass die Finanzierung des Staatshandelns, also Staatsverschuldung sowie Höhe der Steuern und Sozialabgaben, allein in den Bereich staatlichen Handelns fällt und den Marktkräften komplett entzogen ist. Gleiches gilt für die Bildungsgerechtigkeit – auch dies ist ein Kernbereich staatlichen Handelns, der dem Preismechanismus des Marktes vorenthalten wird. Die Forderung nach Arbeitsplätzen und nach Aufstiegschancen für alle, eine als

Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Wirtschaftsordnung

Übersicht 1.3

Antworten deutscher Umfrageteilnehmer auf die Frage: „Wo weicht die Realität von den Erwartungen an die Soziale Marktwirtschaft ab?“, absteigend nach Relevanz

- Ausmaß der Staatsverschuldung
- Hohe Arbeitslosigkeit
- Gleiche Chancen auf Aufstieg
- Gleiche Chancen auf Bildung
- Fehlende Gerechtigkeit bei der Besteuerung
- Fehlende gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen
- Hohe Steuern und Sozialabgaben
- Fehlender Umweltschutz

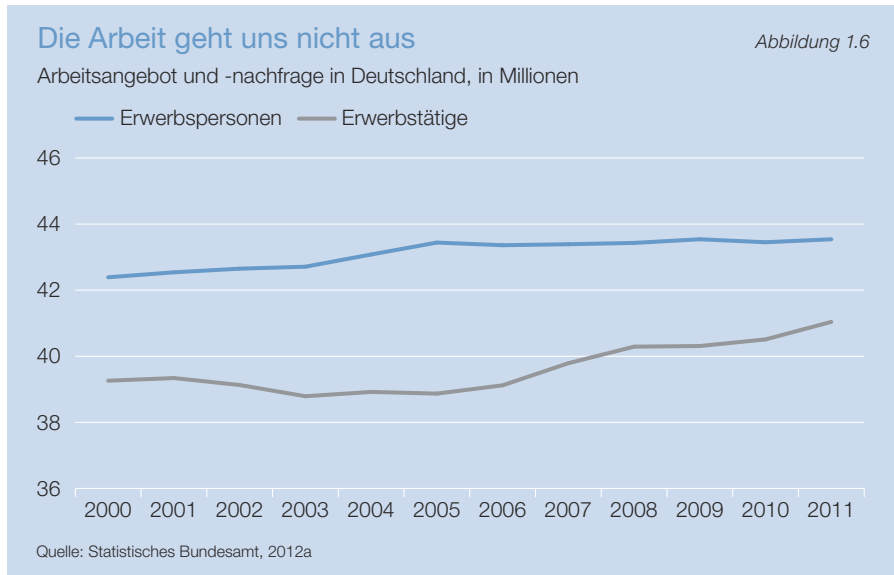
Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2011

ungerecht empfundene Einkommensverteilung (nach Steuern), die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen und die Umweltbelastung bleiben damit zentrale Kritikpunkte an der Sozialen Marktwirtschaft.

4.2 Keine Vollbeschäftigung

Insbesondere die Enttäuschung der Erwartungen gegenüber der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist auffällig. Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik erscheint vielen Menschen nicht (mehr) erreichbar. Arbeitslosigkeit wird nicht als dramatisches Problem empfunden, wenn der Einzelne das Gefühl hat, er könne die Arbeitslosigkeit durch eigene Leistung vermeiden. Doch die hohe Arbeitslosigkeit Anfang des letzten Jahrzehnts wird auf ein Versagen der Märkte zurückgeführt und hat bei vielen Menschen Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz ausgelöst. Vor allem die hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland lässt einen Jobverlust als persönliches Drama erscheinen, da die Reintegration als schwierig vermutet wird. Arbeitsplatzverluste werden gedanklich verbunden mit Begriffen wie arbeitsplatzsparendem, technischem Fortschritt und Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland. Arbeitslosigkeit wird daher oft mit der Globalisierung in Verbindung gebracht. Die Märkte der Weltwirtschaft tragen – so wird vielfach propagiert – die Schuld daran, dass Menschen hierzulande (langzeit-)arbeitslos sind. Dies ist aber falsch. Es ist längst erwiesen,

dass die Arbeitslosigkeit nur im Zusammenspiel mit fehlerhaft konstruierten heimischen Institutionen aufgetreten ist und in anderen Ländern mit anderen Institutionen vermieden wurde (Blanchard, 2005).



Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen (Statistisches Bundesamt, 2012b). Zurückzuführen ist dies zu einem wesentlichen Teil auf die Reformen von 2005. Bei der Betrachtung der Zahlen zur Erwerbstätigkeit wird in den Folgejahren eine deutliche Zunahme von Erwerbspersonen wie auch von Erwerbstätigen erkennbar (Abbildung 1.6). Doch es bleibt das Misstrauen der Menschen gegenüber dem Arbeitsmarkt als Markt. Vertrauen in den Marktmechanismus wieder aufzubauen, das ist ein langwieriger Prozess. Kaum jemand traut dem Arbeitsmarkt derzeit zu, das Ziel Vollbeschäftigung zu erreichen. Deshalb wird immer wieder in der Öffentlichkeit die Forderung diskutiert, der Staat habe dieses Versprechen einzulösen und allen, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Zumindest habe er Unternehmen zu retten, die aufgrund finanzieller Schieflage vor einem mit Massenentlassungen verbundenen Bankrott stehen.

4.3 Ungleiche Einkommensverteilung

Ein anderes vieldiskutiertes Thema sind gefühlte Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung. Dies wird, was die Unterstützung der Bevölkerung für die freiheitliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft anbelangt, dann zu einem gravierenden Problem, wenn das Gefühl einer sozialen Schieflage und die damit verbundenen Abstiegsängste in der gesellschaftlichen Mitte ankommen, da deren Zustimmung zum Wirtschaftssystem für einen

dauerhaften demokratischen Konsens über die freiheitliche Ordnung essenziell ist. Genau solche sozialen Ängste greifen allerdings mittlerweile in der Mittelschicht um sich. Einige Wissenschaftler versuchen bereits, dieses Gefühl zu bedienen und ein Schrumpfen der Mittelschicht mit Daten nachzuweisen (Goebel et al., 2010). Hier wird behauptet, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Schichten zunehmen und Menschen mit niedrigem Einkommen verarmten. Zwar ist dies in Deutschland empirisch so nicht nachweisbar. Doch Wissenschaftler diskutieren entsprechende Szenarien, die Medien publizieren sie und die Menschen in der Mittelschicht – ein gerade für politische Mehrheiten bedeutsamer Teil der Bevölkerung – sorgen sich, denn diese Entwicklung geht stark mit ihrer subjektiven Wahrnehmung einher.

Menschen haben ein genuines Interesse an einer als gerecht empfundenen Einkommensverteilung. Viele Menschen – dies haben Experimente bewiesen – zeigen sich bereit, auf eigene Vorteile zu verzichten, wenn dies ihren Gerechtigkeitsempfindungen entspricht. Dabei bedienen sie sich grundsätzlich der einfachen Heuristik, dass Gerechtigkeit Gleichheit bedeutet. Leistungsunterschiede können aber durchaus honoriert werden, der Mensch muss diese Unterschiede jedoch als solche anerkennen.

Nun entlohnt der Markt nach Leistung. Doch Marktleistung beinhaltet, etwas zu produzieren, was vonseiten der Nachfrager als besonders wertvoll eingeschätzt wird. Dies kann oft Glückssache sein – und damit ist Marktleistung anders definiert als die Leistung, die unser Gerechtigkeitsempfinden honorieren möchte. Die jüngere Diskussion um die Gehälter und Bonuszahlungen für Topmanager ist hierfür ein gutes Beispiel. Der Markt erlaubt hohe Gehälter allein für das Treffen relevanter Entscheidungen. Die Verantwortung, die mit diesen Entscheidungen einhergeht, und die Leistung, die hier erbracht wird, würdigen die Menschen aber nicht entsprechend als Anstrengung.

Eine als ungerecht empfundene Einkommensverteilung und eine starke Zersplitterung der Gesellschaft kosten den Marktkräften Zustimmung und Vertrauen (Enste/Jäger, 2009, 287 f.). Eine stärkere Einkommensgleichverteilung durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen löst das Problem aber nicht zwangsläufig. Das höhere Misstrauen in einer ungleichen Gesellschaft kann nämlich aus zwei Kanälen gespeist werden: einerseits aus einer statistisch messbaren Ungleichverteilung des Wohlstands, andererseits aber auch aus einer Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, wenn Anstrengungen nicht dem Gerechtigkeitsempfinden nach richtig entlohnt werden. Letzteres ist in Zahlen nur schwer zu messen und folglich auch mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen kaum zu bekämpfen.

Deshalb ist es für unser Gerechtigkeitsempfinden ein wichtiges Kriterium, wie die Chancen auf Wohlstand und Einkommen verteilt sind. Wenn das Einkommen aufgrund von Leistung erzielt wird und jeder die Chance auf sozialen Aufstieg und höheres Einkommen sieht, wird Ungleichheit sehr viel leichter akzeptiert, als wenn die Einkommensunterschiede vererbt werden (Klöß/Enste, 2008). Die Durchlässigkeit von unten in die oberen Einkommenschichten, der Weg vom Tellerwäscher zum Millionär, mithin der soziale Aufstieg, muss dem Einzelnen möglich erscheinen. Das Misstrauen in die Marktwirtschaft, dass diese Aufstiegschancen kaum existieren, ist in Deutschland beängstigend hoch – entgegen der Em-

pirie, die zeigt, dass die soziale Durchlässigkeit auch in Deutschland nicht geringer ist als andernorts. Die Verbreitung der Annahme einer sozialen Undurchlässigkeit aber erhöht die Nachfrage nach sozialer Sicherheit und bewirkt damit mehr Umverteilung (Bénabou/Ok, 2001). Dies wiederum führt weg von der Marktwirtschaft in eine staatliche Planwirtschaft.

4.4 Grenzen des Wachstums

Nicht nur die Verteilung der produzierten Waren und Dienstleistungen wird in der Bevölkerung skeptisch gesehen, sondern auch das Wachstum, das uns in den letzten Jahrzehnten einen zunehmenden Wohlstand eingebracht hat. Denn wir verändern mit jedem Produktionsschritt unsere natürliche Umgebung, unsere Umwelt. Natürliche Ressourcen werden in Konsumgüter umgewandelt und verbraucht. Da viele Ressourcen nur endlich vorhanden sind und nicht reproduziert werden können, nehmen wir zukünftigen Generationen die Chance, selbst diese Ressourcen zu nutzen. Das Wachstum von heute schadet also auf der einen Seite den Generationen der Zukunft, weil es endliche Ressourcen verbraucht. Auf der anderen Seite wird Wachstum von Fortschritt begleitet, der wiederum auch zukünftigen Generationen nützt. Um die Wirkungen des Wachstums ranken sich daher viele Legenden. Man könnte meinen, wir rennen in der Marktwirtschaft blindlings einem Wachstumsziel nach, das uns mehr schadet als Nutzen stiftet (Miegel, 2010).

Doch gerade das marktwirtschaftliche System verkörpert einen ökonomisch nachhaltigen Rahmen, in welchem mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient und schonend umgegangen wird. Um diesen nicht zu gefährden, bedarf es allerdings einiger Gesetzesänderungen, welche die Eigentumsrechte eindeutig festlegen, um so negative externe Effekte zu vermeiden. Nur wenn beim Ressourcenverbrauch der tatsächliche Abnehmer den Einkommensverlust zu spüren bekommt, wird bei der Nutzung der effiziente Umgang berücksichtigt (IW Köln, 2010, 14). In erster Linie müssen mit einer klaren Zuordnung von Eigentums- und Verfügungsrechten negative externe Effekte vermieden werden. Bei negativen externen Effekten umfassen die Güterpreise nur die Kosten des Einzelnen und nicht die der Gesellschaft – sie drücken also nicht die tatsächlichen Kosten für die Fertigung und die Logistik aus.

Die RHI-Diskussion Nr. 16 zur Generationengerechtigkeit (IW Köln, 2010) greift diese Fragen auf und bietet Lösungsansätze für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Diese setzen darauf, das Vertrauen der Menschen in die Zukunft zu stärken, denn Vertrauen und (nachhaltiges) Wachstum gehen Hand in Hand. Ihr Zusammenwirken lässt sich dabei auf einen gemeinsamen Nenner bringen: die Existenz von geeigneten Institutionen. Das Vorhandensein von Eigentumsrechten, die Prävalenz von Korruption im öffentlichen Raum und der Schutz der Rechte von ausländischen Investoren stärken das Vertrauen und gleichzeitig das Wachstum. Doch die Institutionen, die während des deutschen Wirtschaftswunders, das heißt zu Zeiten einer aufstrebenden Industriegesellschaft mit geringer Verflechtung in die Weltwirtschaft, gut funktionierten, passen nicht mehr in eine globalisierte Welt. Die Megatrends unserer Gegenwart erfordern Änderungen mancher institutioneller Regelungen und dieser Änderungsbedarf muss nach Möglichkeit frühzeitig erkannt und in der Bevölkerung diskutiert werden. Denn ohne die Zustimmung der Bevölkerung lassen sich die Insti-

tutionen, also der gesetzliche Rahmen, nicht weiterentwickeln. Unterbleiben aber die Umgestaltungen, sorgen die Megatrends für gesellschaftlich unerwünschte Resultate, die wiederum einen Schatten auf das System Marktwirtschaft werfen und Misstrauen in der Bevölkerung säen.

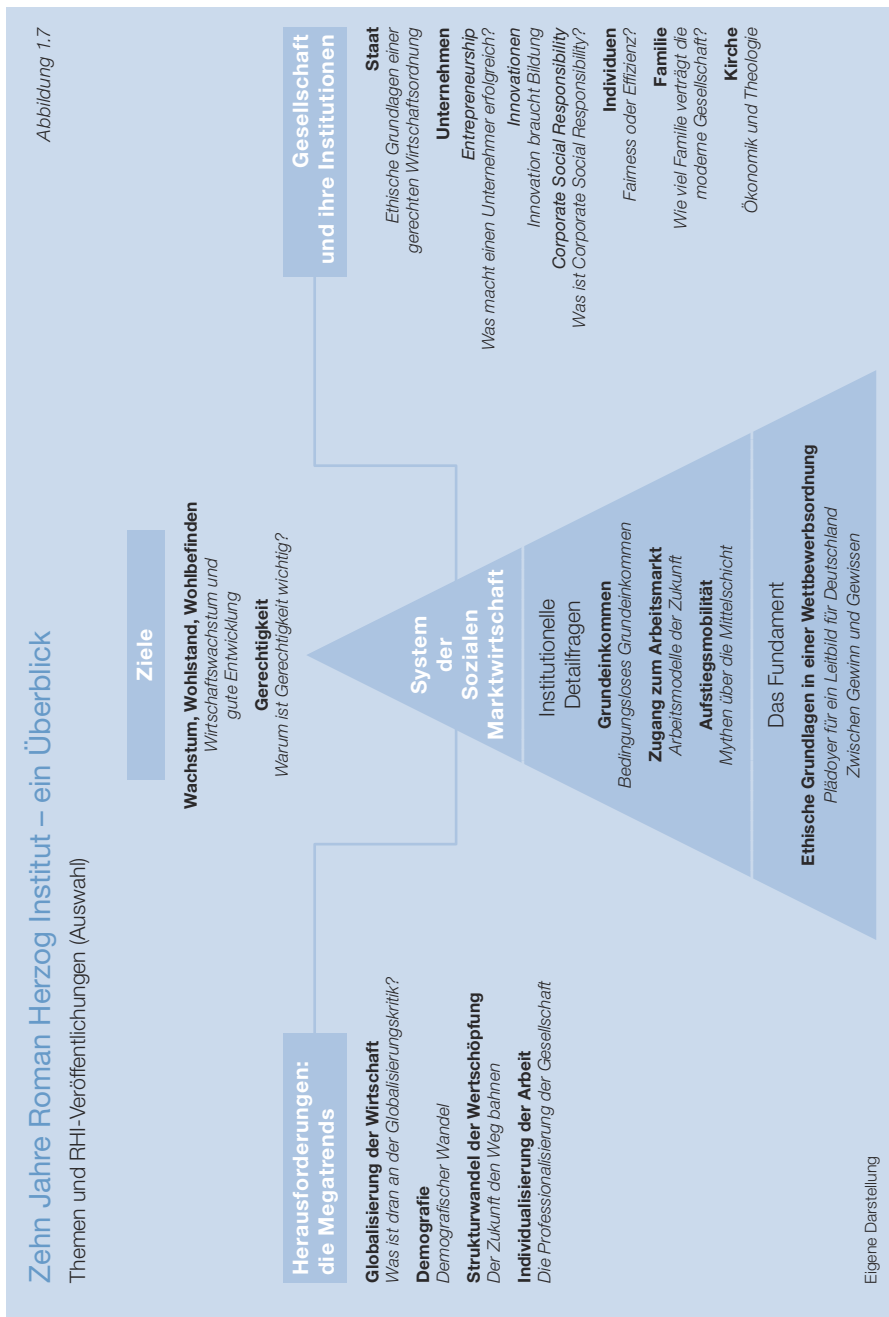
Das Roman Herzog Institut ist gegründet worden, um genau an dieser Stelle anzusetzen und die Herausforderungen der Megatrends für die staatlichen Rahmenbedingungen – also für das System der Sozialen Marktwirtschaft – interdisziplinär zu diskutieren und die Ergebnisse in die Gesellschaft zu tragen. Dabei sind die Herausforderungen beleuchtet worden, die auf die Soziale Marktwirtschaft einwirken. Auch ist das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft hinterfragt worden. Zudem sind ihre Ziele intensiv erörtert und auch die Verantwortlichen mit ihren Handlungsoptionen skizziert worden. Abbildung 1.7 (Seite 36) illustriert die Arbeit des Roman Herzog Instituts in einer Gesamtschau. Exemplarisch sind relevante Publikationen aufgeführt, in denen diese Themen behandelt werden.

5 Wer kann vertrauensbildend wirken?

Die Marktwirtschaft hat einen guten Teil ihres einstigen Vertrauensvorschlusses verloren. Dies liegt an den Veränderungen unserer Zeit: Die ökonomische Welt entwickelt sich mit höherem Tempo als früher. Globalisierung, Fortschritt und Strukturwandel generieren Unsicherheiten. Schocks treten häufiger auf; die Folgen, namentlich temporäre Arbeitslosigkeit, plötzliche Entwertung des eigenen Humankapitals und damit verbundene Einkommensschocks, wurden bereits diskutiert. Dies sorgt für einen Anpassungsbedarf der staatlichen Regeln. Nun wünschen sich die Menschen aber vielfach Sicherheit. Politiker versuchen deshalb, über Ausgaben- und Verteilungspolitik gegenzusteuern, um der Bevölkerung eine trügerische Sicherheit zu versprechen – statt mit Flexibilisierungen und dem Einhalten der Prinzipien von Eigentum und Haftung zu reagieren. Doch der Staat kann eine Sicherheit vor den Veränderungen auch mit Eingriffen in den Markt allenfalls begrenzt und nur für kurze Zeit bieten.

Die durch die hohen Kosten für soziale Sicherungssysteme entstandene implizite Staatsverschuldung hat sich vor diesem Hintergrund zu einem der Kernprobleme vieler alternder Volkswirtschaften entwickelt. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist in vielen Ländern (zu) hoch, die Prinzipien von Eigentum und Haftung sind zumindest teilweise außer Kraft gesetzt. Wer Einkommen erzielt, muss einen hohen Teil davon an den Staat weitergeben. Gleichzeitig fehlt dem Staat die finanzielle Ausstattung für Bildung, weil er lieber Scheinsicherheit finanziert. Die Scheinsicherheit zugunsten von Flexibilisierung und einer stärkeren Umsetzung der marktwirtschaftlichen Prinzipien aufzugeben, erfordert indes in der Bevölkerung den nötigen Mut und das Vertrauen in die Marktkräfte – und genau dieses fehlt zunehmend. Doch wem kommt die Verantwortung zu, dieses Vertrauen wiederherzustellen? Einige ausgewählte Akteure werden nun exemplarisch betrachtet.

Verantwortung für die Rückgewinnung von Vertrauen erfordert Vertrauensinvestitionen von allen Beteiligten. Denn Vertrauen entsteht im gesellschaftlichen Diskurs und der Dis-



kurs im öffentlichen Raum ist eine Angelegenheit aller Akteure der freiheitlichen Ordnung. Staatliche Handlungsträger müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, die Grundprinzipien der Marktwirtschaft zu achten. Unternehmen und ihre Anspruchsgruppen müssen sich verstärkt gesellschaftlich engagieren (Goldschmidt/Homann, 2011, 13 ff.). Die wissenschaftliche Diskussion und die ökonomische Praxis haben dazu in den letzten Jahren verschiedene Impulse und Konzepte hervorgebracht, zum Beispiel Corporate Social Responsibility, Social Entrepreneurship, moralischer Konsum und bürgerschaftliches Engagement (Rodenstock et al., 2010, 17). Gemeinnützige Organisationen, allen voran die Kirchen, können sich in diesen Diskurs einbringen. Der einzelne Bürger hat die Pflicht, sich zu informieren. Wird er nämlich vom Informationsfluss abgeschnitten, dann entstehen die im Vorfeld angesprochenen Schließungsmechanismen (vgl. Abschnitt 3.3). Sogar vertrauensbildende Maßnahmen wirken in diesem Fall nicht mehr oder sind sogar kontraproduktiv.

5.1 Politik

Angeichts der mit dem demografischen Wandel steigenden öffentlichen Ausgaben sind Reformen notwendig, um einer fortwährend zunehmenden Schuldenstandsquote entgegenzuwirken. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde deutlich, dass fiskalische Spielräume äußerst bedeutsam sind, um bei unvorhergesehenen Schocks reagieren zu können. Neben der Stabilisierung ist daher eine Konsolidierung anzustreben, damit die staatliche Handlungsfähigkeit wieder gestärkt wird. Da spätestens ab dem Jahr 2020 mit merklichen fiskalischen Belastungen in Deutschland zu rechnen ist, sollte die Zeit – solange der Druck des demografischen Wandels auf die öffentlichen Haushalte noch vergleichsweise gering ist – genutzt werden. Die Vorstellungen der Schuldenbremse sind erste gute Ansätze. Allerdings sollten auch eventuelle Haushaltsspielräume zur Schuldenreduktion eingesetzt werden, um die Anpassungslasten zu verringern. Zudem sollte der Staat vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsgedankens verstärkt darauf achten, dass neue Anleihen nur für öffentliche Investitionen aufgenommen werden, also auch zukünftigen Generationen zugutekommen (IW Köln, 2010, 8 f.). Andernfalls haften zukünftige Generationen für unsere heutigen Fehler. Nirgends sonst ist das Haftungsprinzip so deutlich verletzt wie im Staatshaushalt: Finanzielle Lasten werden systematisch auf die nächste Generation verschoben. Allerdings ist dies kein Fehler des marktwirtschaftlichen Systems – staatliche Verschuldung hat nichts mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu tun. Dass Staatsverschuldung als wichtigster Grund für den Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft genannt wird (vgl. Übersicht 1.3, Abschnitt 4.1), zeigt, dass die Politik mit der Schuldenbremse einen Schritt in die richtige Richtung geht, um das Vertrauen in die Marktwirtschaft zu kräftigen.

Nichts ist mit Blick auf die Sicherheit vor plötzlichen Veränderungen des Marktes so entscheidend wie die soziale Grundsicherung. Gerade diese wird seit den Reformen von 2005 von vielen als nicht ausreichend empfunden. Daher genießt die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens einigen Zuspruch. Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Menschen neue Gestaltungsoptionen bieten, welche von sozialer Sicherheit geprägt sind, und die Realisierung von individuellen Lebensentwürfen und selbstbestimmter Lebensplanung vereinfachen (RHI, 2008, 9). So würden Erwerbsunterbrechungen nicht mehr zu

Armut führen, sondern könnten für Familiengründung und Weiterbildung genutzt werden (Haas, 2010, 90). Ein ungelöstes Problem ist jedoch die Finanzierung des Grundeinkommens. Denn Grundeinkommen würden ja statt weniger Bedürftiger auch viele Wohlhabende erhalten: Notwendigerweise nimmt der Anteil der Umverteilung zu. Eine Finanzierung bedarf also steigender Abgaben oder höherer Verschuldung. Der Bevölkerung zu suggerieren, zusätzliche Sicherheit gäbe es kostenlos, ist unverantwortlich. Solche Versprechen können im Nachhinein nicht eingehalten werden und dies kostet Vertrauen. Politiker müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein, mit ihren Reformvorschlägen nicht mehr zu versprechen, als sie auch halten können.

5.2 Unternehmen

Die Unternehmen können zur Vertrauensbildung durch CSR beitragen. Unternehmertum ist kein Selbstzweck, es dient dem Wohl der Gesellschaft. Sind die gesellschaftlichen Regeln für Unternehmen richtig ausgestaltet, müssen sie nur diesen Regeln folgen. Sind die Regeln unvollkommen, sollten sich Unternehmen sozial verantwortlich zeigen. Für die Übernahme sozialer Verantwortung sprechen sowohl ethische als auch ökonomische Gründe. Unternehmen signalisieren der Gesellschaft damit, dass diese bei ihren strategischen Reflexionen Berücksichtigung findet. Dies bewirkt einen Reputationsaufbau gegenüber dem gegenwärtigen und potenziellen Kundenkreis, der letztlich auch zu einem Vertrauensvorschuss führt und sich positiv auf das Sozialkapital auswirkt. Gleichzeitig werden nachhaltige Gewinnperspektiven geschaffen.

Konkrete Signale sind etwa eine faire Produktion, eine gute Unternehmenskultur und Umweltfreundlichkeit. Die Gewinnorientierung darf allerdings nicht aus den Augen verloren werden. Ferner sollte die CSR-Strategie gut durchdacht sein, sodass die Aktivitäten bei der Gesellschaft glaubhaft ankommen (Goldschmidt/Homann, 2011, 10 ff.). So können Unternehmen dazu beitragen, Vertrauen in die Marktwirtschaft zurückzugewinnen.

Die Kernfunktion von Unternehmen liegt jedoch nicht in CSR, sondern in der punktgenauen Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten und im Vorantreiben des Fortschritts. Innovation und Imitation der Unternehmen sorgen für unsere Weiterentwicklung sowie für unsere internationale Konkurrenzfähigkeit. Hierfür benötigen Unternehmen adäquate staatliche Rahmenbedingungen (vor allem Schutz ihrer Eigentumsrechte an Innovationen), entsprechend qualifiziertes Humankapital und hinreichendes Wagniskapital für die Investitionen in Forschung und Entwicklung. Vor allem das europäische Patentrecht ist verbesserungsbedürftig. Ein funktionierendes Patentwesen ist für geistiges Eigentum ein unverzichtbarer Schutz vor Produktpiraterie und kostenfreier Nachahmung. Sind Letztere möglich, senkt dies die Anreize zur Investition in Forschung und Entwicklung (Koppel, 2011). Fehlt das Vertrauen in den Patentschutz, werden Erfindungen nicht mehr patentiert, sondern geheim gehalten. Eine Nutzung dieser Erfindungen oder eine Weiterentwicklung durch andere Unternehmen ist dann nicht mehr möglich. Der Handel mit Patentrechten – ein wichtiger Teil der Marktwirtschaft – funktioniert nur dann, wenn die Eigentumsrechte klar zugeteilt sind.

Das Misstrauen der Bevölkerung steht den Unternehmen jedoch bei manchen Innovationen (zu Recht oder zu Unrecht) im Wege, man denke stellvertretend an die Gentechnik. Auch hier ist Aufklärung nötig. Diese kann nur vonseiten der Unternehmen und ihrer Verbände kommen.

5.3 Kirchen

Auch gemeinnützige gesellschaftliche Institutionen können ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der freiheitlichen Ordnung unserer Sozialen Marktwirtschaft leisten. Der Hauptgrund dafür, dass große Teile der Bevölkerung die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft nicht sehen, ist ein weit verbreiteter ökonomischer Analphabetismus: Selbst Höhergebildeten fehlen die Informationen zur Beurteilung, was im Verantwortungsbereich des Marktes liegt und in welche Richtung die Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln sind. Hier sind Informationen wichtig. Auch Institutionen wie die Kirchen können daran mitwirken.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist mit positivem Beispiel vorangegangen, indem sie ein Konzept zur gerechten Teilhabe erstellt hat, welches die Gerechtigkeitsprobleme thematisiert und aufzeigt, dass „Bildung für alle“ der Weg zu einer gerechten Verteilung von Befähigung und Beteiligung ist. Die EKD befürwortet die Wettbewerbsordnung und erachtet sie als bestmögliche Wirtschaftsordnung – unter der Prämisse, dass diese in einen Kontext eingebettet wird, der Freiheit und soziale Gerechtigkeit zulässt und fördert (Rodenstock et al., 2010, 7). Die EKD schlägt vor, die Wirtschaftsordnung dahingehend zu verändern, dass in der Sozialen Marktwirtschaft nachhaltig und international verantwortlich gehandelt wird. Letztlich geht es bei dem wirtschaftlichen Agieren um ein positives Zusammenspiel von Eigennutz und Gemeinwohl. Doch sieht die EKD nicht die Rahmenordnung allein als dafür zuständig an, aus den eigennützig orientierten Ergebnissen Wohlstand für alle zu schaffen (Rodenstock et al., 2010, 8).

6 Fazit und Ausblick

Vertrauen ist die Basis für die Zukunft unserer Arbeitswelt. Durch die Herausforderungen der Megatrends ist es bedroht. Unternehmen, Politik und alle anderen Akteure des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind daher aufgerufen, das Vertrauen zu stärken. Das RHI hat dazu in den vergangenen zehn Jahren viel publiziert, auch wenn die Verbindungen zwischen den jeweiligen Themen der interdisziplinären wissenschaftlichen Analysen, Diskussionen und Positionen und dem drohenden Vertrauensverlust nicht immer explizit genannt wurden. Der vorliegende Beitrag verdeutlicht die Zusammenhänge und ergänzt sie durch neuere Fakten und Hintergrundinformationen. Die nachfolgenden Beiträge erweitern diese Analyse nun aus den Blickwinkeln verschiedener Disziplinen und verdeutlichen, wie das Vertrauen der Menschen in die freiheitliche Ordnung wieder zurückgewonnen werden kann.

Moralisches Verhalten ist für die (Wieder-)Herstellung von Vertrauen substanziell. Inwieweit moralisches Verhalten und damit auch der Verzicht auf eigene Vorteile, wenn sie mit der Schädigung unbeteiligter Dritter einhergehen, glücklicher macht als die direkte Nutzung eigener Vorteile, diskutieren Karl Homann und Randolph Rodenstock in Kapitel 2. Michael Böhmer und Anna-Marleen Plume von der Prognos AG skizzieren die Arbeitswelt der Zukunft und zeigen den Wandel der Berufe auf (Kapitel 3). Werner Abelshauser thematisiert vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise die Notwendigkeit einer globalen Wirtschaftsordnung, da vor allem die internationalen Marktprozesse das Vertrauen der Menschen zurückerlangen müssen (Kapitel 4). Die soziologische Perspektive zum Thema von Stefan Hradil erörtert die Notwendigkeit von Vertrauen bei gesellschaftlichen Umbrüchen (Kapitel 5). Vertrauen schafft Sozialkapital und dieses ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Akteuren einer Gesellschaft, das vor allem in Zeiten des Wandels unverzichtbar ist, wenn Institutionen und staatliche Rahmenordnungen nicht mehr gut greifen. Wolfgang Kersting (Kapitel 6) entwirft die Vision einer Gesellschaft, deren Rahmenbedingungen von einer breiten Mehrheit als gerecht empfunden werden. Im Zentrum steht hierbei der Wandel von der Verteilungsgerechtigkeit zur Chancengleichheit und -gerechtigkeit. Detlef Fetchenhauer, Dieter Frey und Vanessa Köneke diskutieren schließlich, welche Maßnahmen wir ergreifen können, um das für größere Reformen notwendige Vertrauen und Sozialkapital zu stärken (Kapitel 7).

Literatur

Acemoglu, Daron / **Autor**, David, 2012, What Does Human Capital Do? A Review of Goldin and Katz's The Race between Education and Technology, NBER Working Paper, No. 17820, Cambridge (Mass.)

Alesina, Alberto / **Giuliano**, Paola, 2009, Family Ties and Political Participation, Harvard Institute of Economic Research (Hrsg.), Discussion Paper, No. 2171, Cambridge (Mass.)

Anderhub, Vital / **Engelmann**, Dirk / **Güth**, Werner, 2002, An experimental study of the repeated trust game with incomplete information, in: Journal of Economic Behavior & Organization, Vol. 48, No. 2, S. 197–216

Arrow, Kenneth J., 1972, Gifts and Exchanges, in: Philosophy and Public Affairs, Vol. 1, No. 4, S. 343–362

Baldwin, Richard, 2006, Globalisation: the great unbundling(s), URL: http://www.graduateinstitute.ch/webdav/site/ctei/shared/CTEI/Baldwin/Publications/Chapters/Globalization/Baldwin_06-09-20.pdf [Stand: 2012-05-05]

Banfield, Edward C., 1958, The Moral Basis of a Backward Society, with the assistance of Banfield, Laura F., Glencoe (Illinois)

Bankenverband, 2011, Banken in der Verantwortung. Ergebnisse einer begleitenden repräsentativen Meinungsumfrage des Bundesverbandes deutscher Banken zum XIX. Deutschen Bankentag am 30./31.3.2011, URL: <http://www.bankenverband.de/downloads/032011/umfrageergebnisse-banken-in-der-verantwortung> [Stand: 2012-05-15]

Beckert, Jens, 2005, Trust and the Performative Construction of Markets, MPIfG Discussion Paper, No. 05/8, Köln

Bénabou, Roland / **Ok**, Efe A., 2001, Social Mobility and the Demand for Redistribution. The POUM Hypothesis, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 116, No. 2, S. 447–487

Berg, Joyce E. / **Dickhaut**, John W. / **McCabe**, Kevin, 1995, Trust, Reciprocity, and Social History, in: Games and Economic Behavior, Vol. 10, No. 1, S. 122–142

Bertelsmann Stiftung, 2011, Soziale Marktwirtschaft 2030. Herausforderungen und Gestaltungsoptionen für ein Zukunftsmodell, URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33793_33860_2.pdf [Stand: 2012-01-27]

Bieber, Daniel (Hrsg.), 2011, Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist, München

Blanchard, Olivier, 2005, European Unemployment. The Evolution of Facts and Ideas, NBER Working Paper, No. 11750, Cambridge (Mass.)

Brücker, Herbert, 2007, Migration als Therapie für Fachkräftemangel?, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Fachkräftebedarf der Wirtschaft, Materialsammlung C: Ansatzpunkte für Therapien, Nürnberg

D'Amuri, Francesco / **Ottaviano**, Gianmarco I. / **Peri**, Giovanni, 2008, The Labor Market Impact of Immigration in Western Germany in the 1990's, NBER Working Paper, No. 13851, Cambridge (Mass.)

Dasgupta, Partha / **Serageldin**, Ismail, 1988, Social Capital: A Multifaceted Perspective, Washington D. C.

Dustman, Christian / **Ludsteck**, Johannes / **Schönberg**, Uta, 2009, Revisiting the German Wage Structure, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 124, No. 2, S. 843–881

Edelman GmbH, 2012, Edelman Trust Barometer 2012: Vertrauen in die Institutionen auf neuem Tiefststand – der Einzelne gewinnt als Informationsquelle an Bedeutung, URL: <http://www.edelman-newsroom.de/edelman-studien/edelman-trust-barometer/407-edelman-trust-barometer-2012-vertrauen-in-die-institutionen-auf-neuem-tiefststand-der-einzelne-gewinnt-als-informationsquelle-an-bedeutung> [Stand: 2012-06-14]

Enste, Dominik H. / **Jäger**, Manfred, 2009, Vertrauensstabilisierung als Wachstumsfaktor, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Agenda 20D. Wege zu mehr Wachstum und Verteilungseffizienz, Köln, S. 271–299

Eucken, Walter, 1952, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen

Europäische Kommission, 2010, Eurobarometer 73. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Bericht Teil 2, URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_vol2_de.pdf [Stand: 2012-04-25]

Fukuyama, Francis, 1995, Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen, München

Goebel, Jan / **Gornig**, Martin / **Häußermann**, Hartmut, 2010, Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 24, S. 2–9

Goldin, Claudia / **Katz**, Lawrence F., 2008, The Race between Education and Technology, Cambridge (UK)

Goldschmidt, Nils / **Homann**, Karl, 2011, Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Theoretische Grundlagen für eine praxistaugliche Konzeption, RHI-Position, Nr. 10, München

Grömling, Michael, 2011, Strukturwandel – Dimensionen und Erklärungen, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 58. Jg., Nr. 4, S. 583–602

Grossman, Gene M. / **Rossi-Hansberg**, Esteban, 2006, The Rise of Offshoring: It's Not Wine for Cloth Anymore, in: Federal Reserve Bank of Kansas City, The New Economic Geography: Effects and Policy Implications, Jackson Hole Conference Volume, S. 59–102

Haas, Jörg, 2010, Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine volkswirtschaftliche Analyse verschiedener Ansätze, Hamburg

Hardege, Stefan, 2008, Arbeitswelt im Wandel. Wie Unternehmen und Gesellschaft morgen arbeiten werden, RHI-Position, Nr. 5, München

Homann, Karl, 2007, Ethik in der Marktwirtschaft, RHI-Position, Nr. 3, München

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), 2011, Ärzte weiterhin vorn – Pfarrer verlieren deutlich an Ansehen, Allensbacher Berufsprestige-Skala 2011, URL: http://www.freie-berufe-berlin.de/vfb.de/Verweisseiten-VFB/Allensbach_2011 [Stand: 2012-06-14]

IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2010, Generationengerechtigkeit. Was vererben wir unseren (Enkel-)Kindern?, RHI-Diskussion, Nr. 16, München

Johnson, Noel D. / **Mislin**, Alexandra, 2009, Cultures of Kindness: A Meta-Analysis of Trust Game Experiments, The Mercatus Center at George Mason University (Hrsg.), Working Paper, No. 09-15, Arlington (VA)

Kegan, Daniel L. / **Rubenstein**, Albert H., 1973, Trust, Effectiveness, and Organizational Development. A Field Study in R & D, in: Journal of Applied Behavioral Science, Vol. 9, No. 4, S. 498–513

Klös, Hans-Peter / **Enste**, Dominik H., 2008, Aufstiegs- und Generationenmobilität, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.), Wege zur gesellschaftlichen Mitte. Chancen, Leistung und Verantwortung, Sinclair-Haus-Gespräche, Nr. 28, Bad Homburg vor der Höhe

Koppel, Oliver, 2011, Patente. Unverzichtbarer Schutz des geistigen Eigentums in der globalisierten Wirtschaft, IW-Positionen, Nr. 48, Köln

Miegel, Meinhard, 2010, Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin

Putnam, Robert D., 1993, Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton

Reader's Digest, 2012, Europeans trust politicians less than car salesmen. Fire fighters top the Reader's Digest 12th Annual Trusted Brands survey with politicians at the bottom, URL: http://www.rdtrustedbrands.com/_media/pdf/etb12-professions-release.pdf [Stand: 2012-05-04]

Reinberg, Alexander / **Hummel**, Markus, 2007, Schwierige Fortschreibung: Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos, IAB-Kurzbericht, Nr. 18, URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb1807.pdf> [Stand: 2012-05-05]

RHI – Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2008, Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Perspektive für die Soziale Marktwirtschaft? Kontroverse Fragen an ein umstrittenes (Gesellschafts-)Konzept von morgen, RHI-Diskussion, Nr. 9, München

RHI (Hrsg.), 2012, Zwischen Gewinn und Verantwortung. Ergebnisse zur CSR-Forschung, RHI-Information, Nr. 12, München

Rodenstock, Randolph / **Huber**, Wolfgang / **Uhl**, Bernd / **Goldschmidt**, Nils, 2010, Zwischen Gewinn und Gewissen. Wie viel Nächstenliebe kann sich die Soziale Marktwirtschaft leisten?, RHI-Diskussion, Nr. 14, München

Schäfer, Holger, 2010, Sprungbrett oder Sackgasse? Entwicklung und Strukturen von flexiblen Erwerbsformen in Deutschland, in: IW-Trends, 37. Jg., Nr. 1, S. 47–63

Statistisches Bundesamt, 2010, Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr, URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Bevoelkerung65.html [Stand: 2012-05-25]

Statistisches Bundesamt, 2012a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer), URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrerw011.html> [Stand: 2012-05-15]

Statistisches Bundesamt, 2012b, Registrierte Arbeitslose, Arbeitslosenquote nach Gebietsstand, URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrarb003.html> [Stand: 2012-05-04]

Statistisches Bundesamt, 2012c, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4, URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/InlandsproduktsberechnungVorlaeufig2180140118004.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 2012-05-23]

Stevenson, Betsey / **Wolfers**, Justin, 2011, Trust in public institutions over the business cycle, NBER Working Paper, No. 16891, Cambridge (Mass.)

Suchanek, Andreas, 2007, Ökonomische Ethik, Tübingen

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2011, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, URL: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf [Stand: 2012-04-20]

Williamson, Oliver E., 1993, Opportunism and Its Critics, in: Managerial and Decision Economics, Vol. 14, No. 2, S. 97–107

Wilson, Rick K. / **Eckel**, Catherine C., 2010, Trust and Social Exchange, in: Druckman, James N. / Green, Donald P. / Kuklinski, James H. / Lupia, Arthur (Hrsg.), Cambridge Handbook of Experimental Political Science, URL: http://rkw.rice.edu/Papers/Wilson_Eckel_Trust_Handbook.pdf [Stand: 2012-04-18]